

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelsnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme von 10 Exemplaren ist ein Nachschlag auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige. Die Wochenzeile 25 Goldpfennige. Die Monatszeile 70 Goldpfennige. Die dreimonatliche Zeile 180 Goldpfennige. Die halbjährliche Zeile 320 Goldpfennige. Die jährliche Zeile 600 Goldpfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Erscheint bei höherer Gewalt oder Betriebsstörung des Druckers kein Anspruch auf Lieferung. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 182.

Altensteig, Samstag den 1. Dezember.

Jahrgang 1928

Die neue Regierung unter Marx gebildet.

WTB. Berlin, 30. Nov. Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten Dr. Marx, Mitglied des Reichstags, zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

- Reichskanzler: Senatspräsident Dr. Marx;
- Vizekanzler und Reichsminister des Innern: wie bisher Reichsminister des Innern Dr. Jares;
- Reichsminister des Auswärtigen: der bisherige Reichskanzler Dr. Stresemann;
- Reichsarbeitsminister: wie bisher Dr. Brauns;
- Reichswehrminister: wie bisher Dr. Seidler;
- Reichsfinanzminister: wie bisher Dr. Luther;
- Reichsverkehrsminister: wie bisher Decker;
- Reichs Ernährungsminister: wie bisher Graf v. Helldorf;
- Reichsjustizminister: Dr. Höfle, zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers für die besetzten Gebiete betraut;
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Gamm, bayerischer Minister zugleich;
- Reichsjustizminister: Staatsanwalt Emminger, Mitglied des Reichstags.

Weltadvent.

Von Walter Jäger.

Ringum Not, Hunger, Elend! Wir mögen durch welche Straßen der großen Stadt immer gehen, über Plätze, Treppen der Stadtbahn und Untergrundbahnen, vorüber an Eingängen der eleganten Hotels und Weinstuben: überall betrielt das Alter, das nicht mehr mit kann in der Jagd nach den Billionen, das unter der Last zusammenbricht und überannt wird. So viele alte, stille, schlichte Mütterchen, so mancher arme alte Mann! Autos jagen vorüber, der Reichtum hochgekommenen Parasiten trägt sich äppig und kalt vorbei. Mitleid? Bangst verlorntes Gefühl? Nächstenliebe? Woher aus dem Konfirmationsunterricht! Ja! Ja! Ja! Ist es in allen Sprachen! Nach uns die Sintflut!

Die da vorüberjagen an Not und Elend wissen nichts von Adventszeit. Oder verbinden sie nur mit progigen Weihnachtseinkäufen. Ihr Kinderglaube liegt irgendwo eingefahrt. Aber denen, die am Straßenecke betteln und frieren, leuchten ein die Adventskerkeln, als sie noch arbeiten konnten und warme Stuben hatten und Kinder, die für sie sorgten und die nun tot sind oder noch schlimmer — lebend sich in kaltem Egoismus oder aus eigener Not abgewandt haben. Immer mehr dieser alten hilflosen Leuten zieht das Unglück hinein, und immer trostloser sieht sich die Zukunft an im Anblick solcher schier hoffnungslosen Elends und in bitterem Gedanken des Nichtshilfenommens, da Not und Alltagsorgen auf jedem Einzelnen von uns zu wuchern lassen.

So bringen wir nur schwer Adventsgedanken auf. Wir sind wie von einem eisernen Ring umschlossen und wagen unsere Gedanken nicht darüber hinaus zu richten. Wir glauben, heimlich verzagt, verjagt und zergrübelt wie wir sind, nicht mehr oder nur noch mit einem ungläubigen Kräneln der Lippen an Deutschlands Verfestigung. Aber wenn jeder von uns einmal zurückdenkt, und die Not des Vaterlandes und seine eigene wegzudenken versucht, dann bleiben doch ungeheure Werte übrig, die eben nicht wegzulegen sind, die uns kein Feindsvolk rauben kann wie ein Stück Land und die zum unveräußerlichen Besitz des deutschen Volkes gehören. Ein Volk, das Werke wie Beethoven, Goethe und Dürer sein Eigen nennt, das auf den Gebieten der Industrie und der Technik Unerhörtes geleistet hat, kann gar nicht untergehen. Und wenn es politisch zu Grunde ginge, zerfiel oder ein Kasallenvolk würde — der Begriff „deutsch“

bliebe bestehen; ohne ihn ist die Welt nun mal nicht zu denken; er gehört zu ihr wie die Begriffe des Amerikanismus oder des Buddhismus. Sie ergänzen einander.

Die Welt ist krank, krank am Materialismus. Auch der Deutsche krank daran; er, der Lichter und Denker seine Führer nennt! Die Krankheit slog ihn an, er wußte selbst nicht, woher sie kam. Aber er, der Mensch des Gefühls, wird sie rein instinktmäßig wieder abwerfen wie ein häßliches Kleid; denn sein Kern ist noch stark und gesund. Vom deutschen Menschen wird die Genesung der Welt ausgehen. Die Welt schreit nach Erlösung.

Wir stehen an einer Weltwende. Die ersten Lichter eines Weltadvents leuchten auf. Da und dort in Deutschland. In der Jugend leimt ein neuer Mensch. Die Stillen im Lande sammeln sich. Eine neue Zeit dämmert herauf. Es ist wie die Sehnsucht nach einem Messias.

Jahre schwerer Not und schwerer Kämpfe werden noch kommen, bis uns und der Welt die Weihnachtsergen wirklich wieder leuchten. Aber immer mehr wird es sich aufhellen. Und eines Tages wird uns der Heiland geboren: der neue Mensch, der schon hier und da aufsteht, zwischen uns Materialisten und Egoisten herumläuft, selbst noch im Zweifel an seiner Sendung, oft rückfällig; aber er ist schon da und wächst und wächst und schafft sich Raum, Gehör und Geltung und schiebt beiseite, was reif zum Sterben ist, und will Leben werden!

Zur Lage.

Advent bedeutet Hoffnung und Erwartung, Zuversicht und Himmelung der Menschenherzen zu religiösen Gedanken, zur Weihnachtsgnade und reinen Nächstenliebe. Politische Adventsgedanken in der furchtbaren Not der Gegenwart und der gefährlichen Lage Deutschlands zeigen aber kaum einen Schimmer von Hoffnungen. Eine Woche bitterer Enttäuschungen in der innerdeutschen Politik liegt hinter uns. Die Bildung einer neuen Reichsregierung stieß auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten in den parteipolitischen und parlamentarischen Verhältnissen. Es benötigte sich das Wort des Kanzlers vom 22. Nov., daß es sich bei dem Sturz seines Kabinetts nicht um eine Krise der Regierung, sondern um eine solche des Parlamentes handelte. Würden nicht außenpolitische Fragen schwerer Art zur Entscheidung drängen, die besetzten Gebiete an Wahlen zum Reichstag verhindert sein und wären nicht die unruhigen politischen bewegten Zeiten mit Teuerungsumrisen im unbesetzten Reich, so daß immer noch mit Hilfe des Ausnahmezustands die Ordnung aufrecht erhalten werden muß, so hätte man den überalterten Reichstag noch Hause geschickt und durch Neuwahlen das Volk befragt. Aber alle diese Gründe haben den Reichspräsidenten veranlaßt, von dieser letzten Maßregel abzusehen. So hat sich denn in diesen Tagen in Berlin ein kaum erlebtes Handeln und Verhandeln um eine sichere, von der Mehrheit des Parlamentes getragene Reichsregierung abgespielt, das immerhin das eine mit Klarheit ergab, daß wir noch in den Kinderschuhen des parlamentarischen Systems stehen. Weit hin ist im deutschen Volk die Meinung verbreitet, daß dieser Reichstag mit seiner Vielrederei und seinen nutzlosen parteipolitischen Kämpfen in Deutschlands schwerster äußerer und innerer Not das Ansehen der Volkvertretung völlig untergraben hat und daß das parlamentarische System in der gegenwärtigen Form für Deutschland unbrauchbar sei. Danktrotz des Parlamentarismus nennt man es bald da, bald dort. Aber es bleibt zu berücksichtigen, daß der deutsche Volksstaat noch jung ist und im Vergleich zu anderen parlamentarisch regierten Ländern des Westens kaum eine Geschichte oder praktische Erfahrung hat.

Auch der Reichspräsident Ebert hat in dieser Regierungskrise nicht immer eine glückliche Hand gehabt bei der Auswahl seiner Vertrauensmänner. Die Sozialdemokratie als die stärkste Oppositionspartei mit ihren 173 Reichstagsabgeordneten saß von vornherein bei der Regierungsbildung aus, da sie in den letzten Monaten den Beweis erbrachte, daß sie zurzeit nicht „regierungsfähig“ ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ sagt. Unter dem Drängen ihres linken Flügels hat sie im Kampf gegen die Staatsgewalt gehandelt, hat das Vorgehen der Reichs-

mehr in Sachsen und Thüringen verurteilt, haben Mitglieder ihrer Partei sich mit den Kommunisten dort verbündet, um die Staatsmacht von heute zu stürzen. Wenn auch der seit mehr als vier Wochen bestehende militärische Ausnahmezustand im ganzen Reich zur Genüge dokumentiert, daß das parlamentarische System am Ende seines Latens ist, da er allen Regeln einer wahren Demokratie und Parlamentsherrschaft zuwiderläuft, so durften eben die Träger dieser politischen Gedanken doch nicht dazu beitragen, daß man im Reich zu diesen Gewaltmitteln schreiten mußte. So ist das Verbot der radikalsten Parteien, der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Deutschvölkischen, seitens des Militärbeschlüßhabers General Seekt, vom Gesichtspunkt der Erhaltung und Sicherung des Staates aus gesehen, zu verstehen. In der Nacht eines einzigen Parlaments liegt es, diese Verbote aufzuheben. Aber der Reichstag wird es nur tun können, wenn die Sicherheit des Staates nicht weiter gefährdet ist.

Die andere Oppositionspartei aber, die Deutschnationalen mit ihren 67 Abgeordneten, hat der Reichspräsident bei der Regierungsbildung übergangen, trotzdem sie sich zur Übernahme der Reichsregierung bereit erklärt hatten, allerdings mit der Bedingung, im Notfall den Reichstag auflösen zu dürfen. Ebert hat es mit der bürgerlichen Mitte versucht und sich dem Zug der Zeit, der nach rechts geht, entgegengestellt. Erst versuchte es der Abg. von Kardorff von der Volkspartei, früher bei den Deutschnationalen. Vergebens, eine Mehrheit der Parteien ließ sich nicht erreichen, da die Deutschnationalen ablehnten. Dann kam der Handfreund Eberts, der frühere Schatzminister des Kabinetts Cuno, Dr. Albert, der politisch der Sozialdemokratie nahe steht, an die Reihe. Er fand bei fast allen Parteien wenig Gegenliebe und mußte schließlich verzichten. Mit der Beauftragung des Führers der christlich-nationalen Gewerkschaften, Stegerwald, dem früheren preussischen Ministerpräsidenten, schien eine Einigung der bürgerlichen Parteien ein Bürgerblock, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen in die Wege geleitet zu sein. Die Deutschnationalen waren bereit, sogar den wegen seiner Innenpolitik schwer bekämpften Dr. Stresemann als Reichsaussenminister anzunehmen, forderten aber, daß auch in Preußen eine Regierungsbildung statfinde, d. h. daß dort die Sozialdemokraten mit dem vielumstrittenen Innenminister Severing ausgeschafft würden. Das führte zu schwierigen Parteiverhandlungen, bis zuletzt die Demokraten erklärten, daß sie mit den Deutschnationalen nicht zusammengehen. Die Landtagsparteien der Großen Koalition in Preußen lehnten nämlich die Regierungsbildung ab. Die letzte Klarheit über diese Vorgänge ist aber noch nicht voll gegeben. Stegerwald legte seinen Antrag in die Hände des Reichspräsidenten und dieser holte nun den vierten Kandidaten, den Zentrumsführer Dr. Marx, Senatspräsident am Kammergericht, der sich bemüht, ein Übergangsministerium vornehmlich aus den Mitgliedern der Regierung Stresemann und vielleicht der alten Großen Koalition zu bilden. Die Deutschnationalen aber verlangten in einem Schreiben an den Reichspräsidenten eine Neuorientierung nach rechts und andernfalls Auflösung des Reichstags. Finanzminister Dr. Luther aber hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten um Entbindung von seinem Amt, da er die Verantwortung für die schwere Finanzlage des Reiches bei einem regierungslosen Zustand nicht weiter tragen könne. Das alles zusammen beleuchtet die hoffnungslose innenpolitische Lage mit erschreckender Deutlichkeit. Die Politik in Berlin kann tatsächlich das Reich nicht mehr zusammenhalten, namentlich wenn man noch dazu nimmt, daß Bayern zum Teil mit Recht, von dem Berliner Unitarismus (Einheitsbestreben) loskommen und die föderalistische Ausgestaltung und Umänderung der Reichsverfassung mit Macht betreibt. Nur die „vollziehende Gewalt“ der Militärs bleibt im Augenblick als ruhender Pol in der Erscheinungen Nacht.

Während man in Berlin mit Parteigezänk und Machtansprüchen die Zeit vertrieb, rissen an Rhein und Ruhr die Entscheidungen. Wohl hat die famose vorläufige Regierung der „Rheinischen Republik“ in Koblenz abgedankt, die Sonderbündlerbewegung erscheint am Verlöschen, aber dennoch treiben Separatisten nach wie vor in verschiedenen Städten ihr Unwesen. Was das für Leute sind, wird aus einer Personalliste aus Bonn ersichtlich: lauter Verbrechergefinde! Und Poincaré tritt für diese „friedliebenden Menschen“ ein, verlobet Deutsch-

Der Ausschuss für das besetzte Gebiet.

Berlin, 30. Nov. Der hier Ausschuss für das besetzte Gebiet wurde gewählt. Er besteht aus 20 Mitgliedern des Zentrums, 20 Sozialdemokraten, 8 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 4 Deutschnationalen und 4 Demokraten.

England und das Ruhrgebiet.

Berlin, 30. Nov. Wie aus unterrichteten englischen Kreisen mitgeteilt wird, bereitet die englische Regierung einen Umschwung vor. Man erwartet, daß sie trotz ihrer ursprünglich ablehnenden Stellung gegenüber dem Ruhrunternehmen nun doch mehr nach Weigen sucht, um an den finanziellen Früchten des Ruhrunternehmens teilnehmen zu können.

Die Sonderbündler in der Pfalz.

Speyer, 30. Nov. Die hiesige Arbeiterschaft hat dem französischen General de Wey offiziell den Antrag gestellt, er möge seine Truppen nur eine Stunde von der Straße zurückziehen, damit die Bevölkerung mit den Separatisten fertig werden könnte.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 1. Dezember 1936.

Sonntagsgedanken.

Wie werden wir es durch Bücher zwingen, oder durch Reden, oder durch sonstige Aufklärung. Wir müssen Personen sein im Lichte Jesu Christi und seiner Kraft; dann wird die Welt Licht werden.

Zum 1. Advent.

Wieder beginnt ein neues Kirchenjahr. In dieser Zeit des allgemeinen Niedergangs ist die Arbeit der Kirche an unserem Volk so besonders nötig und verantwortungsvoll.

Postkäufes. Die Kraftpostfahrten auf der Kraftfahrline Altensteig — Simmersfeld werden vom 1. Dezember d. Js. an nur noch dreimal wöchentlich und zwar am Montag, Mittwoch und Freitag zu den bisherigen Ausfahrten durchgeführt.

Ein Sammlung des Gewerbevereins. — Unter Führung hilsbedürftiger Mitgewerbeten des Handwerks. Die allgemeine Teuerung hat auch dem hiesigen Gewerbeverein mangelhaft und die mannigfachen Aufgaben haben neben dem Annonement der Zeitlichkeit die Kasse in einer Weise erschöpft, daß die Erhebung eines außerordentlichen Beitrags zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist.

Besammlung. Vor zahlreichen Zuhörern sprach am Dienstag Abend Bewandler-Benz-Nagold über die schwebenden Fragen zwischen Krankenkassen und Ärzten in Württemberg. Bisher brauchte sich der Versicherung um das W-gehonorar nicht bekümmern, weil die Krankenkasse den Arzt direkt bezahlte.

Das Durchschnittslohn der Ärzte ist aber in Württemberg nicht so groß, weil der Arztbesuch sehr abnimmt. Würden wie im Jahr 1914 nur noch etwa 700 Ärzte in Württemberg praktizieren, so wäre jedem Krankenartzt seitens der Krankenkassen für ein Einkommen gar nicht, das den Besügen eines Beamten in Gruppe X der staatl. Besoldungsordnung gleichkommt.

Erstwerte Einreise nach der Schweiz und nach Holland. Die politischen Birren in Deutschland haben den Schweizer Bundesrat veranlaßt, die Einreisebestimmungen vorübergehend zu verschärfen.

Neuordnung der Beamtenebeziehung ab 1. Dezember. Nach einer Mitteilung des württ. Finanzministeriums ist beabsichtigt, die Besoldung der Beamten ab 1. Dezember neu zu ordnen.

Der Milchpreis in Württemberg und in Bayern. Nachdem vor einigen Tagen der Erzeugerpreis in Württemberg auf 15% Pfg. erhöht worden war, ist jetzt der Kleinverkaufspreis für ein Liter Vollmilch in Stuttgart auf 34 Pfennig festgesetzt worden.

Erklärung des Fürsten Fleß. Nach 32jähriger Ehe haben Hans Heinrich XV. Fürst von Fleß und seine Gemahlin, geborene Lady Marie West, aus dem Hause der Earls Desaware, beschlossen, sich scheiden zu lassen.

Steigende Erwerbslosenzahl. Im unbefestigten Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1.250.000 betragen, gegenüber 943.000 am 1. Oktober.

Einbahnstraße. Vom Montag, 3. Dezember ab wird der Fernverkehr 42. Stuttgart ab 4.38 Uhr früh von Mühlacker durchgeführt, um in Bruchsal den Anschluß an den Zug über Graben nach Mannheim-Frankfurt a. M. zu erreichen.

Calw, 30. Nov. Bei dem gestrigen 3. Stammholzerverkauf wurden von einer Firma in Frankfurt hohe Angebote gewahrt, während die einheimischen Sägewerke bedeutend niedere Offerte abgegeben hätten.

Stuttgart, 30. Nov. (Das württ. wertbeständige Notgeld gesichert.) Nach telegraphischer Mitteilung aus Berlin wurden weitere 3 Millionen an reichsgefälligen Bedingungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Stuttgart, 30. Nov. (Sperrung der Beamteneinrichtungen.) Das Staatsministerium hat zur Staatsvereinfachung und zum Beamtenabbau beschlossene Beförderungen von Beamten bis 31. März 1924 zu sperren.

Lebensmilde. In einem Hause der Militärstraße verübte ein 58 Jahre alter Maschinenbauarbeiter an einer unheilbaren Krankheit, durch einen Schuß in den Kopf Selbstmord.

Leonberg, 30. Nov. (Vom Rathhaus.) Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am Dienstag Abend die Erstellung eines Volksschulgebäudes und eines Saalbaus beschlossen.

Jagstfeld, 30. Nov. (Tödlicher Unfall.) Beim Verladen von Stroh am Hofmeistersheimer Silo wurde der 61 Jahre alte Josef Schmidt von einem Wagen erfaßt und gegen die Wand gedrückt, so daß der Tod sofort eintrat.

Heidenheim, 30. Nov. (Verurteilung.) Das Schöffengericht hat dieser Tage 5 Banerfrauen aus Heuchlingen wegen Milchfälschungen zu Geldstrafen von 6—10 Billionen Mark verurteilt.

Münch, 30. Nov. (Zuchthaus für Butterkäufer.) Das Zuchthausgericht hat den Butter- und Käsehändler Josef Hülle von Deimeningen wegen Butterzurückhaltung zwecks Erbschiebung und Preistreiberi zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 500 Billionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Obert aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilletterverband hat den Präsidenten Obert aus der Organisation ausgeschlossen, weil er sich Handlungen habe zuschulden kommen lassen, die den Interessen des Verbandes entgegenwirkten.

Erklärung des Fürsten Fleß. Nach 32jähriger Ehe haben Hans Heinrich XV. Fürst von Fleß und seine Gemahlin, geborene Lady Marie West, aus dem Hause der Earls Desaware, beschlossen, sich scheiden zu lassen.

Steigende Erwerbslosenzahl. Im unbefestigten Gebiet hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1.250.000 betragen, gegenüber 943.000 am 1. Oktober.

